Inhaltsverzeichnis:

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 1952.
Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied des Beirats beim Ortsamt Oberneuland ..... S. 27
Beschlüsse der Bürgerschaft vom 20. Februar 1952 ... S. 27

Mitteilung des Senats

vom 15. Februar 1952.

Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied des Beirats beim Ortsamt Oberneuland.

Für das ausgeschiedene Mitglied beim Beirat des Ortsamts Oberneuland, Robert Eschrich, ist eine Eratzwahl erforderlich geworden. Die SPD als die gemäß § 17 des Gesetzes über Ortsämter und Außenstellen der bremischen Verwaltung vom 9. Juli 1951 (Brem. Ges.-Bl. S. 51) zuständige politische Organisation hat für die Ersatzwahl den

Regierungsrat i. R. Wilhelm Schmidt, geboren am 8. März 1883, wohnhaft in Bremen-Oberneuland, Im Holze 34,

vorgeschlagen.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle die Ersatzwahl dem Vorschlage entsprechend vornehmen.

Beschlüsse der Bürgerschaft

vom 20. Februar 1952.

A. Tagesordnung der Stadtbürgerschaft.

1. Mitteilung des Senats vom 22. Jan. 1952:

Hintere Baulinien in der Rembertistraße 61—73.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Vorlage des Senats zu.

2. Mitteilung des Senats vom 1. Febr. 1952:

2. Gebührenordnung für die Inanspruchnahme der Feuerwehren der Stadtgemeinde Bremen und ihrer Geräte.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Gebührenordnung für die Inanspruchnahme der Feuerwehren der Stadtgemeinde Bremen und ihrer Geräte zu.

3. Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Bürgermeister-Smidt-Straße, Birkenstraße und Contrescarpe.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Vorlage des Senats zu.

4. Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Sögestraße — Schüsselkorb — Katharinenstraße und Queerenstraße.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Vorlage des Senats zu.

5. Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Pieperstraße — Obernstraße — Am Markt — Langenstraße.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Vorlage des Senats zu.

3. Wahlen in die städtischen Deputationen.

Aus der Deputation für Berufs- und Fachschulen scheidet aus Herr Heinrich Kistner.

Es ist gewählt Herr Karl Johannsen, Bremerhaven-G., Rudolfstraße 8.

4. Wahl von 8 Mitgliedern in den Sonderausschuß für Parzellenfragen.

(Beschluß der Stadtbürgerschaft vom 19. Dezember 1951 Ziffer 11 S. 188).

Es sind gewählt

Herr Josef Böhm, Bremen, Delmestr. 150,
Herr Heinz Meyer, Br.-Huchting, Moorriemer Str. 12,
Herr Wilhelm Krüger, Bremen, Bruchhauser Str. 16,
Herr Wilhelm Pohlmann, Bremen, Metzer Str. 76,
Herr Friedrich Behrens, Br.-Oberneuland, Hodenberger Straße 62,
Herr Willy Neumann, Bremen, Bachstr. 27,
Herr Heinrich Schröder, Br.-Huchting, Kirchhuchtinger Heerstraße 159.

5. Antrag 48.

Die Stadtbürgerschaft wolle beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, das Personalamt zu beauftragen, Bericht zu erstatten über die Durchführung des durch die Bürgerschaft beschlossenen Antrages, betreffend Erhöhung der Gehälter der ledigen und verheirateten Junglehrer und -lehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrage zu.

B. Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag).

1. Mitteilung des Senats vom 18. Jan. 1952:

Besoldungsdienstalter für die erfolgreich entnazifizierten Ruhestandsbeamten.

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung des Senats dankend entgegen.

2. Mitteilung des Senats vom 1. Febr. 1952:

1. Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Personalausweise.

Die Bürgerschaft stimmt dem Ausführungsgesetz in einer Lesung zu.

3. Wahl von 5 Mitgliedern und deren Stellvertreter in den Richterwahlausschuß,

(Art. 136 Abs. 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen).

Es sind gewählt als Mitglieder

Herr Alfred Balcke, Bremen, Möckernstr. 45,
Frau Wilma Landwehr, Bremen, Langemarckstr. 348,
Herr Johann Steil, Br.-St. Magnus, Vockestr. 9,
Herr Dr. Richard Duckwitz, Bremen, Orleansstr. 50,
Herr Johannes Kaum, Bremen, Werrastr. 9.

Als Stellvertreter

Herr Hermann Engel, Bremen, Langemarckstr. 305,
Herr Oskar Brandes, Bremerhaven, Vierlanderweg 46,
Herr Herbert Schüler, Bremen, Osnabrücker Str. 12,
Herr Dr. Gustav Weiß, Br.-Horn, Herzogenkamp 6,
Herr Helmut Yström, Bremen, Am Dobben 25, III.

4. Dringlichkeitsantrag Schneider und Fraktion (DP).

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, unverzüglich mit der niedersächsischen Landesregierung (Preisbehörde) mit dem Ziele zu verhandeln, daß preisbehördliche Genehmigungen, die das auf niedersächsischem Gebiet liegende städtische Krankenhaus Drangstedt betreffen, von den zuständigen bremischen Stellen erteilt werden.

Der Bürgerschaft ist Bericht zu erstatten.

Die Bürgerschaft stimmt dem Dringlichkeitsantrage zu.

5. Neuer Antrag 46.

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, die Vertreter Bremens im Bundesrat anzuweisen, folgenden Antrag zu stellen:

1. Der Bundesrat beschließt das sofortige Verbot des Vertriebes von Verbrecher- und Gangsterliteratur sowie aller pornographischen Schriften.
2. Das sofortige Verbot der Aufführung von Wildwest- und Gangsterfilmen in Westdeutschland.

Dazu

Zusatzantrag Kaum und Fraktion (CDU).

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, sofort geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den stadtbremischen Straßengrund nur an solche Zeitungs- und Schriftenhändler zu überlassen, die sich verpflichten, keine Schundliteratur feilzubieten.

Der Antrag und der Zusatzantrag werden an die Deputation für die Innere Verwaltung und an den Unterausschuß für Jugendfragen bei der Deputation für das Wohlfahrtswesen überwiesen.

6. Antrag 47.

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß dem deutschen Seeschiffbau pro Monat mindestens 26 000 t Bleche zur Verfügung gestellt werden, notfalls durch handelspolitische Maßnahmen im Wege der Einfuhr.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage zu.

7. Antrag 49.

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat,

1. allen Kleingärtnervereinen im Lande Bremen, soweit sie zur Steuerzahlung veranlagt sind, die Steuerbeträge bis zur endgültigen Regelung auf Bundesebene zu stunden,
2. die Vertreter Bremens im Bundesrat anzuweisen, eine Gesetzesvorlage einzubringen, wonach den Kleingärtnervereinen die steuerliche Gemeinnützigkeit zuerkannt wird.

Der Antrag wird an die Finanzdeputation und an den Sonderausschuß für Parzellenfragen überwiesen.

8. Antrag 50.

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Finanzdeputation nunmehr anzuweisen, daß der von der Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 2. November 1951 geforderte Bericht betreffend 20prozentige Teuerungszulage an Ruhestandsbeamte usw., unverzüglich erstattet wird.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage zu.

Schünemann-Druck Bremen A 754